

600

ten Stelle der Stadtverwaltung zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden ausgelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Die Ersatzbekanntmachung ist nur zulässig, wenn der Inhalt der auszulegenden Teile zugleich im Text des nach Abs. (4) bekanntgemachten Vorganges in groben Zügen umschrieben wird. Die Ersatzbekanntmachung wird vom Stadtdirektor angeordnet. Die Anordnung muß genaue Angaben über Ort und Dauer der Auslegung enthalten und zusammen mit dem Text des Vorganges nach Abs. (4) veröffentlicht werden. Die Bestimmungen dieses Absatzes gelten entsprechend, soweit vorgeschrieben ist, daß der Entwurf eines Vorganges nach Abs. (4) oder der Vorgang selbst unter öffentlicher oder ortsüblicher Hinweisbekanntmachung auszulegen ist.

- (6) Ist zur Bekanntmachung eine Auslegung vorgeschrieben, ohne daß die Vorschrift eine bestimmte Auslegungsfrist vorsieht, so ist die Bekanntmachung mit der Hinweis- bzw. Ersatzbekanntmachung gemäß Abs. (5) in der in Abs. (4) genannten Zeitung bewirkt.
- (7) Vorgänge, Entwürfe von Vorgängen, Ersatz- und Hinweisbekanntmachungen nach Abs. (5) sind mit ihrem vollen Wortlaut und der Unterschrift des im Original Unterzeichneten zu veröffentlichen. In der Bekanntmachung ist auf eine aufsichtsbehördliche Genehmigung unter Angabe der genehmigenden Behörde, des Datums und des Aktenzeichens hinzuweisen. Ist die Genehmigung mit Maßgaben erteilt worden, muß der Wortlaut der Maßgaben sowie ein Hinweis auf die ihnen beizutretende Entscheidung in die Bekanntmachung aufgenommen werden.

V. Schlußvorschrift § 15

Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Neustadt a. Rbge., den 3.11.1977

Temps
Bürgermeister

L.S.

Rohde
Stadtdirektor

Diese Hauptsatzung ist vom Landkreis Hannover am 22. Dezember 1977 unter dem Aktenzeichen -15/15 11 00/1 (11) - gemäß § 7 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung genehmigt worden.

STADT NEUSTADT a. Rbge.
- Hauptamt -
Der Stadtdirektor
i.A. Kerger

7. Stadt Pattensen

1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 132 "Die Kluß" im Ortsteil Pattensen

Gemäß § 12 BBauG wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß die vereinfachte 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 132 "Die Kluß" durch den Rat der Stadt Pattensen in seiner Sitzung am 10.11.1977 als Satzung beschlossen wurde.

Die vereinfachte 1. Änderung wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Das Plangebiet ist aus dem beiliegenden Plan als schraffierte Fläche ersichtlich.

Gemäß § 44c BBauG kann Entschädigung verlangt werden, wenn die dem § 39j BBauG Neufassung (Vertrauensschaden), § 40 BBauG (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), § 42 BBauG (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten), § 43 BBauG (Entschädigung bei Bindungen für Bepflanzungen) und § 44 BBauG (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zusätzlichen Nutzung) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Entschädigungsanspruches kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt wird.

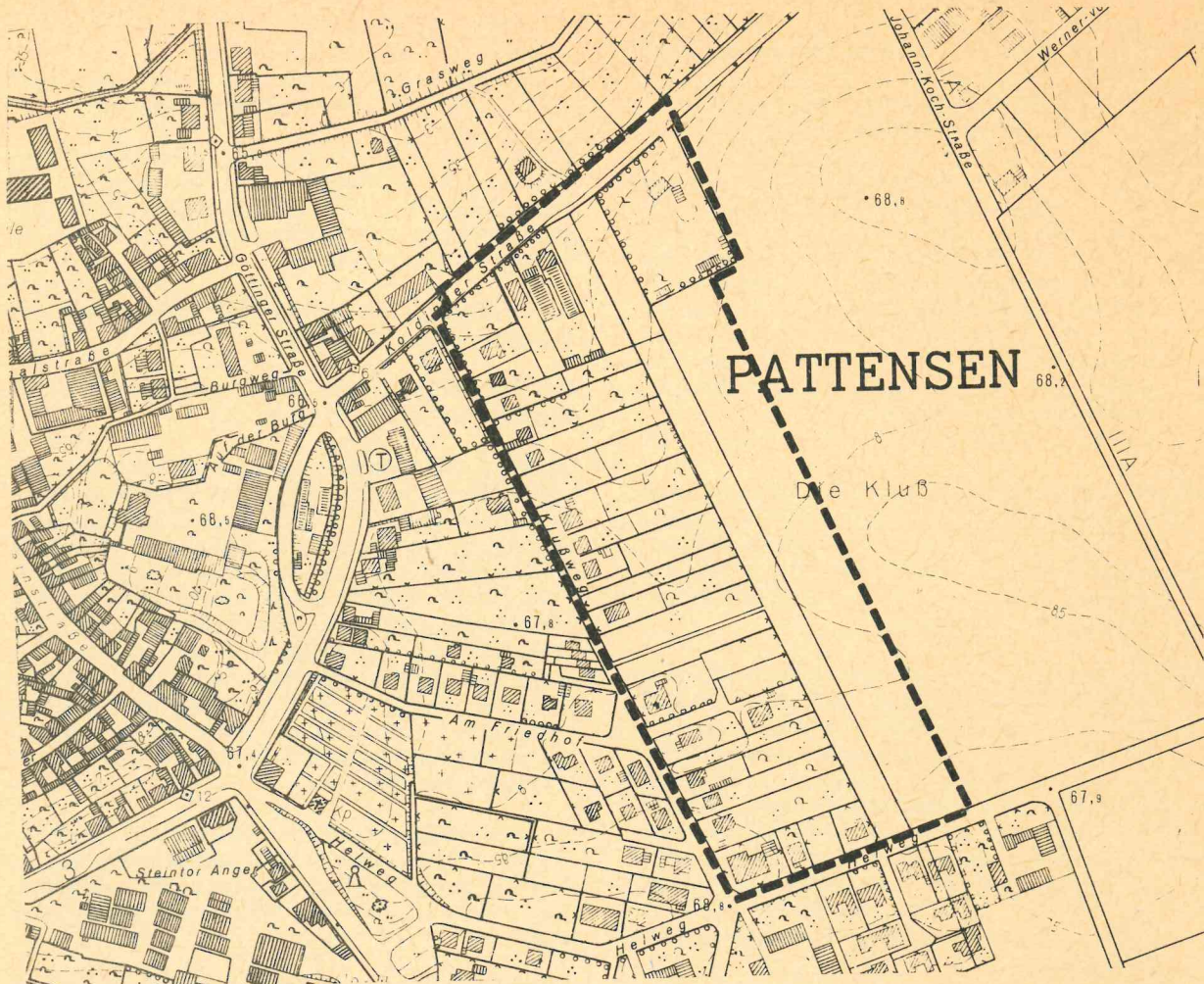
Der Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes beim Zustandekommen von Satzungen nach diesem Gesetz ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten der Satzung gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Veröffentlichung der Satzung verletzt worden sind (§ 155a BBauG Neufassung).

3017 Pattensen 1, den 28.11.1977

STADT PATTENSEN
Der Stadtdirektor
Drücker

Ausschnitt
aus der/dem Neustadtblatt S. d. LK.
vom 12.2.78 Nr. 2



8. Stadt Ronnenberg

Hauptsatzung der Stadt Ronnenberg

Auf Grund der §§ 6 und 7 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Neufassung vom 18.10.1977 (Nds. GVBl. Nr. 38, S. 497) hat der Rat der Stadt Ronnenberg am 14. Dezember 1977 folgende Hauptsatzung für die Stadt Ronnenberg beschlossen:

§ 1

Name und Stadtteile

- (1) Die Gemeinde führt den Namen "Ronnenberg". Der Niedersächsische Minister des Innern hat ihr am 12. Dezember 1975 die Bezeichnung "Stadt" verliehen.
- (2) Die früher selbständigen Gemeinden Benthe, Empelde, Ihme-Roloven, Linderte, Ronnenberg, Vörie und Weetzen sind Stadtteile. Die Namen Benthe, Empelde, Ihme-Roloven, Linderte, Vörie und Weetzen werden als Stadtteilbezeichnungen weitergeführt.

§ 2

Hoheitszeichen

- (1) Das Wappen der Stadt Ronnenberg zeigt einen Schild, linke Seite "schwarz", rechte Seite "blau", mit einem goldenen Querstreifen.
- (2) Die Farben der Stadt Ronnenberg sind "schwarz-gold-blau".

- (3) Die Stadt führt als Dienstsiegel das Wappen mit der Umschrift "Stadt Ronnenberg, Landkreis Hannover".

§ 3

Zuständigkeit des Rates

- (1) Der Rat beschließt über die ihm nach § 40 NGO zugewiesenen oder sonst durch Gesetz oder sonstige Rechtsvorschriften übertragenen Aufgaben und über Angelegenheiten der Stadt, bei denen er sich im Einzelfall die Beschlußfassung vorbehält.
- (2) Von der Entscheidung über Rechtsgeschäfte im Sinne des § 40 Abs. 1 Nr. 10 NGO durch den Rat sind solche Rechtsgeschäfte ausgenommen, deren Vermögenswert 10.000,- DM nicht übersteigt, es sei denn, daß nach der Verordnung über die Genehmigungsfreiheit der Veräußerung von Grundvermögen der Gemeinden und Landkreise vom 27.11.1958 (Nds. GVBl. S. 255, Sb. I. S. 194) i.d.F. der Verordnung vom 4.10.1960 (Nds. GVBl. S. 278) eine Genehmigungspflicht durch die Aufsichtsbehörde besteht.
- (3) Verträge der Stadt mit Ratsherren, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen sowie mit Mitgliedern der Ortsräte oder mit dem Stadtdirektor bedürfen nicht der Beschlußfassung des Rates, wenn es sich um Verträge nach feststehenden Tarifen handelt oder der Vermögenswert des Vertrages 5.000,- DM nicht übersteigt.